

Interkulturelles Leben 15 JAHRE IAF IN OSTDEUTSCHLAND



Text: Anja Treichel, Geschäftsführerin der Geschäftsstelle Leipzig des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

seit 15 Jahren ist der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., auch in Ostdeutschland aktiv und setzt sich für die Belange und Interessen transkultureller Lebensformen ein. Der Verband setzt auf das Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und unterstützt sie darin, ein gemeinsames Leben über Grenzen hinweg zu gestalten. Damit trägt die iaf dazu bei, zivilgesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Denken zu fördern. Der Verband versteht sich als Brücke an der Schnittstelle zwischen Mehrheits- und Minderheitengesellschaft und bietet Perspektiven für ein interkulturelles Zusammenleben in Deutschland. Vielfalt als Normalität zu begreifen und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, ist das vorrangige Ziel der Arbeit unseres Verbandes in Sachsen.

Nach 15 Jahren der Arbeit in den neuen Bundesländern wird immer deutlicher, dass westdeutsche Ansätze und Annahmen zu Migration und Integration nicht auf den Osten Deutschlands zu übertragen sind, sondern andere Fragen und Probleme auftauchen und sich Möglichkeiten und Schwierigkeiten interkulturellen Zusammenlebens unterschiedlich gestalten.

Auf der am 29.05.07 durchgeführten Tagung mit dem Titel „Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands zwischen Normalität und Marginalisierung“ wurde diesen besonderen Bedingungen Rechenschaft getragen und es wurde die provokante Frage diskutiert, ob interkulturelles Leben in den neuen Bundesländern lebbar ist oder nicht.

Vielfalt als Normalität denken

Statt interkulturelles Leben ausschließlich aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft, täterbezogen, unter den Vorzeichen von Rassismus und Rechtsextremismus zu diskutieren, will der Verband nachhaken: Wie kann inmitten von „No-Go-Areas“ und Angsträumen Vielfalt als Normalität gestaltet werden? Wie lässt sich Vielfalt als eine Normalität denken, die von der Mitte der Gesellschaft getragen wird, und in der Menschen mit Migrationshintergrund dazu ermutigt und darin bestärkt werden, sich aktiv zu beteiligen?

Diese Fragen stellen sich im Besonderen vor dem Hintergrund der immensen Abwanderung von ca. 20.000 EinwohnerInnen pro Jahr allein in Sachsen. Nicht nur Deutsche wandern ab, auch Menschen mit Migrationshintergrund ziehen in den Westen, sobald sie einen festen Aufenthaltsstatus erhalten. Im Osten Deutschlands mangelt es an attraktiven Lebens- und Einkommensperspektiven, das gilt für den interkulturellen Bereich in besonderem Maße.

Unsere Arbeit hat aber auch immer wieder gezeigt, dass viele Menschen in interkulturellen Bezügen trotz der vielen Barrieren und Schwierigkeiten gerne hier sind und Sachsen, Leipzig, Dresden etc. als ihre Heimat ansehen. Interkulturelles Leben im Osten Deutschland existiert in den unterschiedlichsten Formen und wir wollen weiter daran arbeiten, gemeinsam mit Einzelpersonen, Familien, Initiativen und Organisationen Wege zu finden, diese interkulturelle Wirklichkeit zu einem festen Bestandteil der ostdeutschen Gesellschaft zu machen.

Inhalt der Dokumentation im Überblick

Nach einem kurzen Abriss der Entwicklung und Bedingungen der Arbeit des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften in den neuen Bundesländern von Karin Pergold, langjährige Geschäftsführerin der Geschäftsstelle Leipzig, folgt Michaela Glaser vom DJI mit einer Bestandaufnahme über die Entwicklung der Migration und Integration unter Berücksichtigung der DDR-Vergangenheit in den neuen Bundesländern. Paulino Pilima wird diese Zahlen mit persönlichen Erfahrungen untermalen und über die Arbeit der Bürgerinitiative AfrEu berichten. Mit dem Beitrag von Halil Can, Mitbegründer der Projektinitiative HA-KRA, wird übergeleitet zu Möglichkeiten des Umgangs mit Rassismus und Diskriminierung aus der Perspektive der Minderheitengesellschaft. Das Empowermentkonzept wird vorgestellt und im Beitrag von Marcela Zuñiga auf seine Anwendbarkeit auf ostdeutsche Verhältnisse überprüft. Mit der Vorstellung von zwei Empowermentprojekten des Verbandes in Leipzig werden Umsetzungsmöglichkeiten von Empowerment in der Praxis dargestellt. Durch die Dokumentation der Fishbowldiskussion im Anschluss daran wird deutlich, wie unterschiedlich die Perspektiven auf das Thema interkulturelles Leben im Osten Deutschlands sind. Abschließend folgen die erarbeiteten Empfehlungen an die Politik und Vorschläge für ihre Umsetzung in die Praxis.

Unser Dank gilt den vielen Teilnehmer/-innen, die ihre Perspektiven mit uns geteilt und mit uns diskutiert haben und den Referent/-innen, die über ihre Arbeitsergebnisse und Erfahrungen berichtet haben. Wir danken außerdem Herrn Prof. Dr. Elmar Brähler und Frau Cornelia Spohn für ihre Grußworte. Besonders danken wir dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bildungswerk Weiterdenken e.V. und der Universität Leipzig, durch deren Unterstützung die Tagung erst möglich würde.

„EMPOWERMENT IST EIN PROZESS, IN DEM DER EIN-
ZELNE IN GRUPPENZUSAMMENHÄNGEN AUS SEINER
,ERLERNTEN HILFLOSIGKEIT', DEM ERLEBEN VON
MACHTLOSIGKEIT UND FREMDBESTIMMUNG HER-
AUSTRITT UND AUS DEN EIGENEN KRAFTQUELLEN
SCHÖPFEND SEIN LEBEN IN SELBSTBESTIMMUNG
UND SELBSTVERWIRKLICHUNG NACHHALTIG IN
DIE HAND NIMMT“

N. Yigit, H. Can, Projektinitiative HAKRA



Kurt-Eisner-Strasse



Grußworte	
Prof. Brähler	6
Cornelia Spohn	7
Entwicklung iaf	
15 Jahre iaf in den neuen Bundesländern	
Bikulturelle Familien in Ostdeutschland	8
Bestandsaufnahme: Perspektiven und Potentiale – Workshop 2	9
Bikulturelles Familienleben in Ostdeutschland – Innere Vielfalt vs. äußere Einfalt	
So wie bisher kann es nicht weiter gehen!	10
Spezifika der Migration und Integration in Ostdeutschland	12
Empowermentansatz	
HAKRA – Empowerment gegen Rassismus und Diskriminierung aus der Minderheitenperspektive	14
Adaptation des Empowerment-Ansatzes für Menschen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland	16
Praxis Empowerment der IAF Leipzig	
Mit mehreren Sprachen leben – Arabischer und Russischer Spielkreis	17
Interkulturelles Radio: Vielfalt hörbar machen – mehrsprachig senden!	18
Empowerment ist ein Prozess – Empowermentprojekt für Jugendliche und ihre Familien in Sachsen!	19
Empowerment für Migrant/-innen in Ostdeutschland – Pro und Contra – Workshop 1	20
Fishbowldiskussion	
Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands – welche Bedingungen braucht es fürs Bleiben?	22
Empfehlungen für die Politik	
Empfehlungen, Pressemitteilungen	23

Text: Prof. Dr. rer. biol. hum. habil. Elmar Brähler, Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie

1991 kam ich durch eine Gastprofessur nach Leipzig, ein Jahr bevor die erste iaf Geschäftsstelle im Osten hier in Leipzig eröffnet wurde. Die Themen der iaf als Interessensverband von binationalen Familien und Partnerschaften haben mich auch in meiner wissenschaftlichen Arbeit begleitet. Ich habe selbst erfahren wie schwer es ist diese Interessengruppe gerade im Osten Deutschlands zu vertreten, bzw. sie überhaupt wahrnehmbar zu machen.

1994 erarbeitete ich mit dem Verein Caktus e.V ein Forschungsprojekt zum Thema „Evaluation psychologischer Beratung und Psychotherapie bei bikulturellen Paaren und Familien“, ein ausgesprochen spannendes und im Zeitalter der Globalisierung und Interkulturalisierung der Gesellschaft brennendes Thema. Weder die Volkswagenstiftung noch das Sächsische Staatsministerium als potentieller Finanzier waren damals dieser Meinung.

In ihren Ablehnungsbescheiden sind Begründungen zu finden wie: „... marginales Problem in Sachsen“ oder „Thema spielt keine Rolle im Osten Deutschlands“

Um so mehr freue ich mich heute hier zu sein und dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften zur 15jährigen erfolgreichen Arbeit in Sachsen zu gratulieren. Eine Tagung in diesem Ausmaß zu organisieren und durchzuführen zeigt, dass sich das Thema bikultureller Lebenswelten auch in Ostdeutschland langsam von einem marginalen Thema zu einer öffentlich präsenten Angelegenheit entwickeln konnte.

Der Titel der heutigen Veranstaltung lautet: „ Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands zwischen Normalität und Marginalisierung“, hier geht es darum die besonderen Bedingungen herauszustellen, unter denen Migration und Integration im Osten Deutschlands stattfinden. Provokant gefragt:

Ist es in dieser Gesellschaft überhaupt möglich und sinnvollinterkulturelles Leben zu etablieren?

In der von Oliver Decker und mir durchgeführten Studie „Vom Rand zur Mitte, rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“ zeigt sich wie sinnvoll diese Frage ist. Rechtsextreme Einstellungen sind ein Problem in der Mitte der Gesellschaft, und es braucht einen politischen Willen interkulturelles Leben möglich zu machen.

Ich wünsche allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen sowie den ReferentInnen und der iaf Leipzig eine spannende und ertragreiche Tagung.

TEXT: Cornelia Spohn, Bundesgeschäftsführerin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.

Interkulturelles Leben in Ostdeutschland, 15 Jahre Verband binationaler Familien und Partnerschaften: Eine Tagung und ein Jubiläum

Das Thema der heutigen Tagung: Interkulturelles Leben in Ostdeutschland, zwischen Normalität und Marginalisierung ist gleichzeitig eine Geschichte: die Geschichte unseres Verbandes im Osten Deutschlands, die davon lebt, dass doch einige interkulturell lebende Menschen in Ostdeutschland geblieben sind und sich für die Verbesserung der Lebenssituation binationaler Familien eingesetzt haben. Dies war und ist nicht immer leicht!

1991 errichteten wir – mit finanzieller Unterstützung des Bundesfamilienministeriums und des Landes Sachsen – ein Büro unseres Verbandes in Leipzig. Den Frauen dieser ersten Stunde – Dr. Bärbel Sanchez, seit vielen Jahren im Bundesvorstand der iaf und Frau Karin Pergold, die als Angestellte das Profil der iaf in Leipzig geprägt hat – sei an dieser Stelle sehr herzlich für ihren unermüdlichen und kontinuierlichen Einsatz gedankt! Karin Pergold gelang es, im Laufe der Jahre weitere iaf – Gruppen in Dresden, Chemnitz und Halle aufzubauen. Mit ihrem mobilen Beratungsangebot war sie in vielen Städten und Orten der damals noch neuen Bundesländer unterwegs und überall eine gern gesehene Referentin und Beraterin.

2005 übernahm Anja Treichel diese Arbeit in Leipzig, Anna Nikolenko leistete wertvolle interkulturelle Aufbauarbeit in Dresden. Beide haben weit mehr geleistet als ihre bezahlten Arbeitsstunden hergaben, ohne ihr beständiges Engagement wäre vieles nicht denkbar: die Versorgung binationaler Familien mit aktuellen Informationen, die beraterische Unterstützung in nicht immer einfachen Lebenssituationen, interkulturelle Bildungsprojekte, die Vertretung in der Öffentlichkeit, Netzwerkarbeit und heute diese Tagung. Unterstützung erhält Anja Treichel durch die wertvolle Mitarbeit von Siri Pahnke

und Frank Meier – euch allen an dieser Stelle ein herzliches Danke Schön!

Gesellschaftliches Engagement im Verband binationaler Familien und Partnerschaften – das ist stetiger Einsatz von Mitgliedern und Ehrenamtlichen, ohne die die wachsenden Aufgaben nicht zu bewältigen wären. Auch dafür herzlichen Dank!

15 Jahre iaf im Osten Deutschlands, das heißt auch 15 Jahre kontinuierliche Zusammenarbeit unterschiedlicher innerdeutscher Kulturen – west- und ostdeutsche Lebensformen und Sichtweisen mussten sich auch in unserem Verband erstmal eine gemeinsame Basis schaffen. Als interkultureller Familienverband lag und liegt hierin eine Herausforderung, die wir annehmen und an der wir gemeinsam wachsen.

Binationale Partnerschaften sind nicht nur Lebensentwürfe Einzelner, sondern auch Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Davon wird die heutige Tagung berichten. Wir wünschen uns, dass viele interkulturell lebende Menschen im Osten Deutschlands die Energie und den Mut behalten, sich ihren Alltag an dem Ort zu gestalten, an dem sie sind und bleiben wollen. Unser Verband wird sie dabei nach Kräften unterstützen.

15 Jahre iaf in den neuen Bundesländern

01/1990	Binationales Wochenende im Ökumenisch-Missionarischen Zentrum der DDR, Ostberlin: erste Öffentlichkeitsarbeit in den neuen Bundesländern
07/1990	Gründung des Treffens „Bunte Familie“ für binationale Familien in Erfurt
1990	Beginn des Briefwechsels zwischen Binationalen aus der ehemaligen DDR und der Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt
03/1991	Gründung der iaf-Initiativgruppe in Erfurt als Anlaufstelle
1992	Genehmigung von zwei Projektstellen vom Familienministerium zum Aufbau der iaf in den neuen Bundesländern
09/1992	Eröffnung der Geschäftsstelle der iaf Leipzig in der Rosa-Luxemburg-Straße mit Karin Pergold als Geschäftsführerin
seit 1993	Veranstaltung von Infobörsen, Seminaren, Tagungen mit Hilfe von Mitgliedern aus den neuen Bundesländern zahlreiche Ratsuchende wenden sich an die iaf in Leipzig, mobiler Beratungsdienst beginnt
1993-94	Erscheinen der regelmäßigen Auszüge aus dem Tagebuch „Neue Bundesländer“ von Karin Pergold der Zeitschrift iaf-Informationen
1994	Gesprächskreise zu binationalen Themen in Halle und Chemnitz
1997, 1998	Gründung neuer iaf-Gruppen in Halle, Dresden und Chemnitz sowie des Gesprächskreises in Sangerhausen
1999	1200 Beratungen in ganz Ostdeutschland
2006	Eröffnung eines weiteren iaf-Büros in Dresden durch Anna Nikolenko
Anfang 2006	Umzugs des Büros der iaf- Leipzig in die Kurt-Eisner-Straße 40 mit Geschäftsführerin Anja Treichel und Mitarbeiterin Siri Pahnke
09/2007	Beginn des Projekts Empowerment in Leipzig

Text: Stefan Schönfelder, Bildungswerk Weiterdenken e.V

Bikulturelle Familien in Ostdeutschland – Bestandsaufnahme: Perspektiven und Potentiale – Workshop 2

Potenziale Bikultureller:

Bikulturelle Familien sind der Mikrokosmos der multikulturellen Gesellschaft, in denen Integration gelebt werden kann

Bikulturelle sind in ihren Lebensformen der gesellschaftlichen Entwicklung voraus und damit ein Lebensmodell der Zukunft

Bikulturelle sind Vorreiter, weil Staatsbürgerschaften für sie weniger wichtig sind als kulturelle Erfahrung

Bikulturelle haben einen weiten, grenzüberschreitenden und interkulturellen Horizont

Bikulturelle setzen sich mit dem deutschen Rechtssystem und Rechtsverständnis meist aktiver auseinander

Bikulturelle bringen oft Mehrsprachigkeit in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt ein.

Vorschläge für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bikulturelle in Ostdeutschland

- Bikulturelle sollten ihre Potentiale offensiver in die Gesellschaft einbringen und damit ihre Verteidigungsposition verlassen. Darauf sind Selbsthilfe- und Beratungsangebote stärker auszurichten.
- Bikulturelle sind mit Ihren Besonderheiten als Querschnittsthema in die verschiedenen Politikbereiche zu integrieren und nicht als besonderes Thema in der Gesellschaft zu behandeln.
- Angebote für „Bikulturelle der zweiten Generation“ sollen entwickelt und angeboten werden.
- Bikulturelle, die sich mit Nachdruck in das gesellschaftliche Leben -Vereinsleben, politisches Leben- drängen und ihr Vorhandensein somit zur Normalität im sozialen Nahbereich machen.
- Eine breite Akzeptanzförderung zur Öffnung der Gesellschaft gegenüber Bikulturellen ist dringend erforderlich.
- In Verwaltungen, Behörden, Institutionen sind Fortbildungs- und Trainingsangebote zu interkultureller Kommunikation und Kompetenz kontinuierlich und verbindlich für die Mitarbeiter/-innen anzubieten.

Text: Paulino Pilima, Mitglied der Bürgerinitiative Afreu „Afroeuropäische Familien und Interessierte“ in Pirna und der Sächsischen Schweiz

So wie bisher kann es nicht weiter gehen!

Mein Name ist Paulino Pilima und ich komme aus Mosambik. Ich bin einer von den Vertragsarbeitern. Ich kam 1980, damals noch in die DDR. Ich machte eine Ausbildung zum Facharbeiter, dann eine weitere Ausbildung zum Meister. Ich habe dann als Meister gearbeitet. Als die Wende kam, dachte ich, ich gehe wieder zurück. Die Betriebe waren kaputt und wir standen wieder ohne Arbeit da. Die damalige Regierung schickte die Vertragsarbeiter wieder zurück, viele gingen; nur ein kleiner Prozentsatz von, ich schätze 5%, sind in Ostdeutschland geblieben.



Warum ist es zu dieser Abwanderung gekommen? Viele Vertragsarbeiterinnen fanden hier keine Arbeit mehr, viele haben die ständige Konfrontation mit rechten Gruppen nicht ertragen. Für den kleinen Prozentsatz der Vertragsarbeiter, die trotz allem blieben, die hier zu Hause sind, stellt sich auch heute noch die Frage, die von meinen Vorrednern bereits angeschnitten wurde: sollen wir hier bleiben oder sollen wir gehen? Tatsache ist, der größte Teil will gehen. Aber warum ist das so? Warum wollen diese Leute, die hier über 20 Jahre zu Hause waren, die gerne hier gelebt haben, warum wollen sie plötzlich wieder weg?

Ich will Beispiele aus meinen eigenen Erfahrungen dazu nennen. Nach der Wende ging wie gesagt unser Betrieb kaputt. Ich machte eine Umschulung zum Energieelektroniker und erhielt ein Arbeitsangebot in München. Ich lehnte ab und sagte, dass ich meine Familie in Ostdeutschland habe und deshalb dort arbeiten will. Das war eine Entscheidung, die ich heute noch bereue. Warum?

Das Leben war nicht einfach. Ich habe zwei Kinder und unsere Wohnung war zu klein. In der DDR bekam man nicht so einfach große Wohnungen, besonders dann nicht, wenn man in einer binationalen Partnerschaft lebt. Nach der Wende wollten wir unsere Wohnsituation verbessern. Da die Wohnungen in unserer Umgebung fast so teuer waren wie ein eigenes Haus, entschieden wir uns, ein eigenes Haus zu bauen.

Damit ging's los. Wir bauten unser eigenes Haus, in dem sehr viel meiner Kraft steckt, auch um meinen Kindern etwas vorweisen zu können: Schau hier, das habe ich mal selber gebaut! Sie werden es nicht glauben, aber dieses Haus zu bauen, das ist der größte Fehler, den ich je gemacht habe! Meine Nachbarschaft hielt mich während des Baus für einen Bauarbeiter der Firma xy. Sie dachten: wenn der Bau fertig ist, dann verschwindet der wieder und wir haben unsere Ruhe...aber wir blieben und verhielten uns wie ganz normale Nachbarn, Meine Kinder spielten nicht in fremden Gärten und machten nichts kaputt. Es hätte keine Probleme geben müssen.

„Neger raus, Deutschland den Deutschen“ Wir waren kaum eingezogen, da kamen in der Nacht Leute und riefen: Neger raus! Deutschland den Deutschen! Es war nicht nur einer, nicht nur zwei, es war eine Gruppe. Dies hat sich im Laufe des Jahres sehr häufig wiederholt.

Kommen wir zu Weihnachten, das Fest der Freude, das Fest der Familie, wo jeder ruhig die Besinnlichkeit genießen kann. In unserem Fall hatten Leute Raketen gekauft, die eigentlich für Silvester gedacht sind, haben sie gebündelt und vor der Tür angezündet, damit es schön knallt und damit wir sehen, wie Weihnachten in Deutschland gefeiert wird. Als ich die Polizei anrief, kam erst mal keiner, nach einer halber Stunde rief ich wieder an und wurde gefragt: Sagen sie mal, ist das immer noch so? Ja, wenn sie nicht kommen, muss ich noch mal anrufen. Schließlich kam der Grenzschutz, und nicht die Polizei, da wir an der Grenze zu Tschechien wohnen. Normalerweise ist es so, dass sie dann die Personalien der Störer aufnehmen und Platzverweise erteilen. Das ist nicht geschehen. Später hieß es dann, es sei doch nichts passiert. Bis Silvester blieb es ruhig. Dann am Silvesterabend waren wir wieder Ziel von Raketen, die doch eigentlich in die Luft geschossen werden sollen, um das neue Jahr zu begrüßen.

Gründung der Bürgerinitiative AfrEu Wir, binationale Familien, die in der Umgebung leben, haben uns zusammen getan und haben einen Verband für afro-europäische Familien gegründet. Das ist eigentlich so wie der Verband der iaf, nämlich eine



Organisation binationaler Familien. Viele Männer aus Afrika, die in der DDR als Vertragsarbeiter gearbeitet haben, haben hier geheiratet und sind hier geblieben. Daraus ist dann unser Verband entstanden. Wir sind sozusagen „dreifarbig“. Wir sehen einen Mann, der dunkel aussieht mit dunkler Haut, wir sehen eine Frau, die hell ist wie viele hier auch und wir sehen, das ist das Schöne, wir sehen ein kleines oder großes Kind mit anderer Hautfarbe. Das ist eigentlich wunderbar multikulturell, aber für die meisten Leute ist es etwas, an das sie nicht gewöhnt sind und das gilt vor allem in Ostdeutschland. Wir haben den afro-europäischen Verband gegründet, damit die Leute, die Berührungsängste haben, die Möglichkeit haben, sich auszutauschen und zu informieren. Die Situation muss sich ändern und wir wollen dazu beitragen, denn wir sind hier zu Hause.

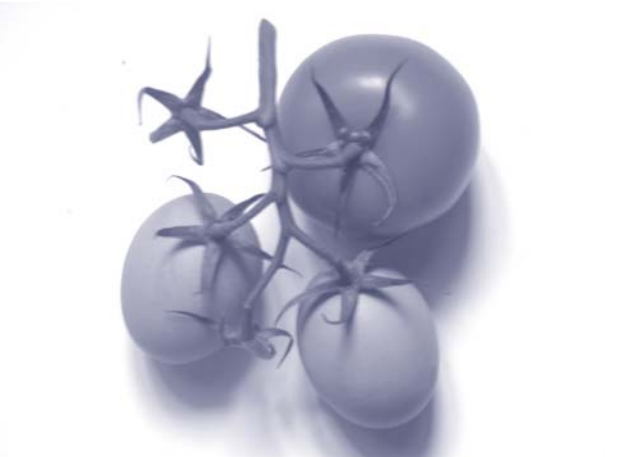
Ich habe zwei Kinder, mein Sohn hat Abitur und macht seinen Zivildienst. Er geht im Herbst zur Uni. Ich kann das aus Gesprächen mit anderen Eltern bestätigen, dass unsere Kinder danach streben, eine bessere Qualifikation zu bekommen. Ich finde das auch ganz natürlich. Meinen Kindern soll es besser gehen als mir, das hat mit Nationalität nichts zu tun. Meine Kinder sollen einen besseren Lebensstandard haben als ich. Ob es gelingt ist eine zweite Frage.

Markt der Kulturen Seit 5 Jahren veranstalten wir gemeinsam mit anderen den Markt der Kulturen in Pirna, um den Austausch der verschiedenen Kulturen zu ermöglichen und zu feiern. Vor zwei Jahren ist es passiert, dass eine Gruppe Menschen einfach auf die Bühne gestiegen ist und ihr Transparent mit dem Spruch „Ausländer raus“ ausgerollt hat. Diese rechte Organisation Skinhead Sächsische Schweiz (SSS) ist mittlerweile verboten, die Menschen und ihre Überzeugungen existieren noch, die kann man nicht verbieten. Wir konnten der Polizei klar machen, dass es so nicht geht. Danach wurden Kontrollen im Umkreis von 2 km um den Markt vorgenommen und gefragt, wo die Leute hinwollen. Das sollte

eigentlich nicht so sein, denn jeder sollte die Möglichkeit haben, zu kommen und mit den Leuten zu sprechen.

Die Probleme sind nicht weniger geworden Bis heute ist es so, dass die Probleme nicht weniger geworden sind. Ich lebe mittlerweile seit sieben Jahren dort und jedes Jahr erlebe ich Angriffe und Probleme. Ich habe mich deshalb an die Stadträte in Pirna gewandt und mit ihnen darüber gesprochen. Dort sind die Probleme bekannt, denn es wird mittlerweile bundesweit darüber berichtet und es liefen Dokumentarfilme zur Situation in der Sächsischen Schweiz. Die Ausländer, die in der Sächsischen Schweiz ankommen, z.B. Aussiedler/innen, wissen über die Situation Bescheid und wohnen nur übergangsweise dort, um dann in den Westen zu gehen. Als Fazit meiner Erfahrungen kann ich denen, die sich die Frage stellen, ob sie bleiben oder gehen sollen, sagen, gehen ist besser. Man sagt, wer die Füße in die Hand nimmt, macht es besser als der, der sagt, ich bin der Stärkste.

Dankeschön!



Spezifika der Migration und Integration in Ostdeutschland

Input zur Tagung „Interkulturelles Leben in Ostdeutschland zwischen Normalität und Marginalisierung“ des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf, am 29.05.07 in Leipzig

Im folgenden Beitrag möchte ich einige generelle Charakteristika von Migration und Integration in Ostdeutschland benennen – und damit den Blick auf die allgemeine Ausgangssituation lenken, vor deren Hintergrund wir auf dieser Tagung diskutieren werden. Meine Überlegungen habe ich in fünf Thesen zusammengefasst.

Meine 1. These lautet: In der bundesdeutschen Debatte um Einwanderung und Integration kommen in Ostdeutschland lebende Migranten – ihre spezifische Lebenssituation und ihr spezifischer Integrationsbedarf – so gut wie nicht vor.

So widmet der Bericht des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Migration dem Osten Deutschlands gerade einmal 5 Seiten, von denen 4 die DDR-Zeit behandeln. Selbst Migrationswissenschaftler an ostdeutschen Universitäten und Instituten forschen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zu Zuwanderergruppen bzw. Integrationsaspekten in den westdeutschen Einwanderungszentren oder außerhalb Deutschlands. Wenn „Migration“ in Bezug auf die neuen Länder thematisiert wird, dann entweder als Abwanderung der angestammten, einheimischen Bevölkerung aus diesen Regionen – und im Hinblick auf die daraus resultierenden Probleme und Anforderungen. Oder das Thema wird, ebenfalls im Hinblick auf die Mehrheitsgesellschaft, unter dem Vorzeichen des Rassismus diskutiert, der als „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ gefasst wird: Es wird konstatiert, dass in den neuen Ländern so gut wie keine Ausländer leben, trotzdem oder weshalb die Ressentiments gegen Fremde jedoch um so größer seien. Im Grunde erscheint Ostdeutschland in diesem bundesdeutschen Einwanderungsdiskurs immer nur als „Nicht-Ort“: Als ein Raum, in dem sich Migranten nicht gefahrlos aufhalten können und den sie deshalb auch nicht aufsuchen sollten. Und zugleich als ein Gebiet, das ohnehin durch ihr Nicht-Vorhandensein gekennzeichnet ist.

Im Vergleich zu Westdeutschland ist der offizielle Ausländeranteil in Ostdeutschland ja tatsächlich sehr gering. Er liegt derzeit – je nach Bundesland zwischen 2% (Sachsen-Anhalt, Thüringen) und 2.8% (Sachsen). Aus einer rein quantitativen Perspektive legen diese Zahlen durchaus nahe, dass „Einwanderung“ in den neuen Bundesländern von geringer Relevanz ist.

Diese an der Ausländerstatistik orientierte Sichtweise – und damit komme ich zu meiner 2. These – ist jedoch sehr verkürzt. Sie bekommt

wesentliche Facetten der Migrationsrealität in Ostdeutschland nicht in den Blick. So ist der registrierte Ausländeranteil in einzelnen Städten inzwischen deutlich gestiegen – in Leipzig sind es derzeit bereits über 6%. Hinzu kommt, dass die offizielle Ausländerstatistik nur solche Menschen mit Migrationshintergrund ausweist, die rechtlich „Ausländer“ sind, also keinen deutschen Pass besitzen. Gerade in Ostdeutschland stellen jedoch z.B. Spätaussiedler einen vergleichsweise hohen Anteil der Migranten. Als deutsche Staatsbürger erscheinen sie nach ca. einem Jahr in keiner Ausländerstatistik mehr – obwohl sie unter ganz ähnlichen Bedingungen wie „ausländische“ Migranten leben und von der einheimischen Bevölkerung auch als Fremde wahrgenommen werden. Diese und andere eingebürgerte Zuwanderer mitberücksichtigt, kommt z.B. die Mittelstadt Stendal in Sachsen-Anhalt auf einen Migrantenanteil von rund 8%. Hinzu kommt, dass sich Migranten häufig in bestimmten städtischen Wohngebieten konzentrieren – in Ostdeutschland vor allem in den großen Plattenbausiedlungen. In solchen Siedlungen kann es durchaus vorkommen, dass in Jugendeinrichtungen oder Schulkassen 10, 15 oder auch 25% der Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat. Sicherlich, im Vergleich zu den Zahlen, die wir aus einigen westdeutschen Städten kennen, ist das immer noch nicht hoch. Doch dürfte deutlich werden, dass die durch die Statistik suggerierte Wahrnehmung, dass Migranten in Ostdeutschland nur als „Einzelphänomene“ anzutreffen sind, so nicht zutrifft.

Abgesehen davon – und dies ist im Grunde das gewichtigere Argument – sagen Zahlen alleine nichts darüber aus, wie Migranten hier leben, wie sich ihr Verhältnis zur Aufnahmegesellschaft gestaltet und welcher Handlungs- und Unterstützungsbedarf sich daraus ergibt. Hier schließt sich meine 3. These an:

Migration in Ostdeutschland unterscheidet sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von der Situation in Westdeutschland. Sie findet unter besonderen – historischen wie auch aktuellen – Voraussetzungen stattfindet, die den Verlauf von Migrations- und Integrationsprozessen beeinflussen.

Zum einen haben wir es hier mit spezifischen Rahmenbedingungen der Aufnahme-gesellschaft zu tun. So waren bis zur Wende Erfahrungen mit Migration in der ost-deutschen Gesellschaft sehr begrenzt: Zwar gab es Einwanderung aus politischen und gerade in den letzten Jahren der DDR auch aus ökonomischen Motiven. Diese Migranten lebten jedoch weitgehend isoliert von der einheimischen Bevölkerung, Kontakte wurden vom Staat nicht gefördert und waren auch nicht erwünscht. Generell war die DDR-Gesellschaft eine relativ abgeschlossene, auf Konformität orientierte Gesellschaft, in der Abweichungen tendenziell negativ

besetzt waren. Diese Erfahrungen bzw. fehlenden Erfahrungen wirken auch in der heutigen Gesellschaft fort. Hinzu kommt, dass sich die ost-deutsche Gesellschaft seit der Wende mit erheblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen und Schwierigkeiten konfrontiert sieht. All dies hat Auswirkungen auf das Integrationsklima in der Aufnahmegesellschaft, auf die Fähigkeit und Bereitschaft, sich gegenüber Neuankömmlingen zu öffnen, deren Lebensweisen, Bedürfnisse und Ansprüche zu akzeptieren.

Hinzu kommt der spezifische Charakter der Zuwanderung selbst: Die meisten Migranten kommen heute als Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber hierher. D.h. Einwanderung ist hier nicht Ergebnis einer bewussten Wahl für diese Region, sondern primär die Folge administrativer Zuweisungen. Es bedeutet auch: Der Anteil von Migranten in der Aufnahmephase, ohne festen Aufenthaltstitel ist v.a. jenseits der großen Städte hoch. (Laut Bericht der ostdeutschen Ausländer-beauftragten war dieser Anteil im Jahr 2002 2-3mal so hoch wie in den alten Ländern.) D.h. ein weit größerer Teil ist nicht integrationsberechtigt, hat aus Aufenthaltsrechtlichen Gründen keinen oder nur sehr erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Das prägt wiederum das Bild, das in der Aufnahmegesellschaft von Zuwanderern existiert – wenn diese nämlich einseitig als Gruppe erlebt werden, die vor allem von Transferleistungen abhängig ist.

Diese Rahmenbedingungen bestimmen auch den weiteren Integrationsprozess. So gibt es im Osten eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit von Ausländern als im Bundesdurchschnitt – diese liegt in Sachsen z.B. bei 41%; in Gesamtdeutschland dagegen „nur“ bei rund 25% (Zahlen von 2005). Ein weiteres Kennzeichen ist die hohe Fluktuation. Hier haben wir zwar keine exakten Zahlen, da innerdeutsche Wanderungen nicht nach Herkunft aufgeschlüsselt werden. Durch Rückmeldungen aus der Integrationsarbeit wissen wir jedoch, dass die Neuen Länder für Zuwanderer oft nur eine Durchlaufstation sind, sobald ihr rechtlicher Status dies zulässt, emigriert ein Großteil weiter in andere Regionen. Diese Fluktuation erschwert wiederum den Aufbau von Netzwerken, von eigenständigen Interessenvertretungen und von Strukturen der Selbsthilfe – woraus sich meine 4. These ergibt:

Die spezifische Charakteristik der Migration in Ostdeutschland erfordert nicht weniger, sondern mehr Integrationsaktivitäten. Das gilt einerseits im Hinblick auf die Mehrheitsgesellschaft: Hier sind nicht nur besondere Anstrengungen zur Förderung von Toleranz und zum Abbau von Vorurteilen, sondern auch Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche gefragt. Zum anderen gilt es für die erforderliche staatliche und gesellschaftliche Unterstützung der hier lebenden Migrant/innen. Der Bedarf an Integrationsleistungen steht also in deutlichem Widerspruch zur Aufmerksamkeit für dieses Thema in der öffentlichen und fachlichen Debatte.

Nachdem ich bis hierher v.a. Schwierigkeiten benannt habe, möchte ich abschließend den Blick in eine andere Richtung lenken, nämlich auf

die Möglichkeiten, die diese Situation auch bietet. Damit komme ich zu meiner letzten These:

Die spezifische Konstellation in Ostdeutschland – der geringere Migrantenanteil, der spezifische Migrationshintergrund und die Motive der Einwanderung – enthalten auch Ansatzpunkte und Chancen für gelingende Integration.

So sind im Osten Unterstützung- und Vertretungsorganisationen seltener rein eigenethnische Organisationen, sondern oft in Zusammenarbeit mit Einheimischen oder im Zusammenschluss mit anderen Gruppen organisiert – weil man eben keine so große ethnische Community im Rücken hat, weil nötige Kenntnisse fehlen oder der rechtliche Status eigene Vereinsgründungen nicht ermöglicht. D.h. ihr Charakter ist – ein Stück weit aus der „Not“ geboren – von vorneherein stärker multiethnisch ausgerichtet. (Auch hier täuschen die offiziellen Zahlen über die reale Vielfalt hinweg: Viele Migrantenorganisationen tauchen deshalb in den Statistiken nicht auf, weil sie formal deutsche Organisationen sind.) Auch dies hat sicherlich seine problematischen Seiten (z.B. die Gefahr der „Stellvertreterpolitik“); es kann aber auch eine Brückenfunktion zur Aufnahmegesellschaft haben – durch Wissens- und Informationstransfer, durch persönliche Kontakte – und dadurch Integration befördern.

Wohl am deutlichsten sichtbar werden diese positiven Effekte jedoch am Schulerfolg ausländischer Kinder – wie jüngst in einer Studie der Fachhochschule Potsdam festgestellt wurde: So gibt es unter den ausländischen Kindern in Ostdeutschland deutlich weniger Schulabbrecher, Haupt- und Sonderschüler als in Westdeutschland. Auf der anderen Seite machen in den neuen Ländern weit mehr nichtdeutsche Schüler Abitur als in den alten. In Sachsen z.B. sind es rund 20% (Bundesdurchschnitt: 9%), in Brandenburg liegt der Anteil sogar bei fast 44% – und damit höher als bei den deutschen Kindern! Mit anderen Worten: Ausländische Kinder im Osten sind im deutschen Bildungssystem deutlich erfolgreicher als im Westen. Als Erklärungen nennt die Potsdamer Studie zum einen die Herkunft der Migranten im Osten, da viele hier aus Ländern mit einer traditionell hohen Bildungsorientierung stammen. Außerdem wird durch die breiter ausgebaut und auch breiter in Anspruch genommene Vorschulbetreuung sowie gerade die geringere Anzahl von Migranten eine gezieltere Förderung ermöglicht und das Deutschlernen erleichtert.

Solche Facetten des Migrantenlebens in Ostdeutschland sind bisher zwar noch wenig erforscht, doch geben diese Beispiele Hinweise darauf, dass die Bedingungen, unter denen Einwanderung in Ostdeutschland stattfindet, auch ihre eigenen Möglichkeiten bergen. Deshalb möchte ich abschließend auch dafür plädieren, nicht nur auf die besonderen Schwierigkeiten zu schauen, mit denen sich Migrant/innen in Ostdeutschland unbestreitbar konfrontiert sehen. Vielmehr sollten wir den Blick auch auf diese und andere Chancen und Potenziale richten, die die spezifische Situation von Migration und Integration in Ostdeutschland birgt.

Text: Halil Can, Projektmitarbeiter der Projektinitiative HAKRA – Empowerment gegen Rassismus und Diskriminierung aus der Minderheitenperspektive

HAKRA – Empowerment gegen Rassismus und Diskriminierung aus der Minderheitenperspektive

„Da die Unterdrückten das Bild des Unterdrückers internalisiert und seine Richtlinien akzeptiert haben, fürchten sie sich vor der Freiheit. Freiheit würde verlangen, dass sie dieses Bild aus sich vertreiben und es durch Autonomie und Verantwortung ersetzen.“
(Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Hamburg 1973, Seite 34)

Das Thema dieser Tagung ist eng verknüpft mit meinem ersten Kontakt in den neuen Bundesländern. Direkt nach der Wende fuhr ich mit einer Gruppe von Freunden nach Ostberlin, um ein wenig von dem historischen Ereignis mitzuerleben. Als Westberliner mit Migrationshintergrund hatte ich damals schon eine diffuse Angst vor den neuen Bundesländern, die sich während dieses Besuches leider bestätigt hat. Wir wurden angegriffen und mussten rassistische Beschimpfungen über uns ergehen lassen. Damals sind wir als Gruppe zwar glimpflich davon gekommen, für mich selbst war es aber ein traumatisches Erlebnis, das mich dazu bewegt hat, am Thema Rassismus/Diskriminierung dran zu bleiben – letztendlich entstand unter anderem unsere Projektinitiative HAKRA aus diesem Zusammenhang.

Rassismus ist nicht unbedingt ein Ost-Problem

Der Schock wirkte bei mir noch lange nach, so dass ich Ostberlin wie Ostdeutschland vor allem in der Dämmerung mied oder nur wie zu DDR-Zeiten noch als Transit von Westberlin nach Westdeutschland nutzte. Zwar war die Mauer längst gefallen und auch ich freute mich darüber, nicht mehr weiterhin in der politischen Enklave des Kalten Krieges in Westberlin „eingeschlossen“ zu sein, denn bis zum Mauerfall war mir auch Westdeutschland aufgrund der Mauer weitgehend unbekannt geblieben. Aber gleichzeitig machten mir die mit dem Mauerfall sich überschlagenden Ereignisse sehr schnell und zum ersten Mal in aller Deutlichkeit klar, dass ich – „der Ausländer“ – nicht Teil des vereinigten Deutschlands bin. Somit verwandelte sich (West-)Berlin für mich von einer politischen Enklave in ein „Reservat“ mit kosmopolitischem Schimmer, wo ich mich trotz des „Eingeschlossenseins“ verhältnismäßig sicher und damit zu Hause fühle, als wo anders in der vereinigten deutschen Republik. Jedoch ist Rassismus nicht unbedingt ein Ost-Problem, wie es uns von manchen Medien, Politikern oder Wissenschaftlern lange Jahre eingeredet wurde. Wir finden ihn in allen Teilen und Bereichen der Gesellschaft wieder. Dennoch tritt er nicht überall in gleicher Form und Intensität auf. Menschen, die potenziell von Rassismus betroffen sind, bestimmen ihren Lebensort und beantworten die Frage des Gehens oder Bleibens daher zunächst einmal danach, wo sie (Rechts-)Sicherheit und (Lebens-)Schutz finden. Erst dann stellt sich für sie die Frage dorthin zu gehen, wo es Arbeit gibt. Aber auch das Respektiert-Werden als Anderer und die Möglichkeit haben können, sein Anderssein in allen seinen Facetten auszuleben, ist bestimmend für die Wahl des Lebensortes. In diesem Sinne ist mein Lebensort ei-

gentlich Berlin, aber dennoch fühle ich mich wirklich zu Hause nur in bestimmten Bezirken, so z.B. in Kreuzberg.

Individuelle und gesellschaftliche Veränderungen durch Empowerment

Aber nun zum Thema selbst. Ich bin hier, um das politische Bildungskonzept „Empowerment gegen Rassismus aus der Minderheitenperspektive“ unsere „Projektinitiative HAKRA“ vorzustellen. Ursprünglich entstand der Empowermentansatz in den 60er Jahren aus der Schwarzen-Bürgerrechtsbewegung und der feministischen Bewegung in den U.S.A. Inzwischen findet der Ansatz auch in Deutschland in den unterschiedlichsten Bereichen Anklang und Verwendung. So fand er in der sozialen Arbeit über den Soziologen Norbert Herriger Verbreitung.

Empowerment verstehen wir als einen Prozess, in dem der Einzelne in Gruppenzusammenhängen aus seiner „erlernten Hilflosigkeit“, dem Erleben von Machtlosigkeit und Fremdbestimmung heraustritt und – aus den eigenen Kraftquellen schöpfend – sein Leben in Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung nachhaltig in die Hand nimmt. Der Empowermentansatz arbeitet sowohl auf der individuellen wie auf der gesellschaftlichen Ebene. Daher sollen Menschen, die auf Grund der ungleichen Machtverteilung eine schwache Position in der Gesellschaft haben, auch auf der gesellschaftlichen Ebene dazu ermutigt werden, politisch aktiv zu werden, um die sie umgebende Gesellschaft zu verändern. Denn wir gehen beim Empowermentansatz von der Vorstellung sozialer Prozesse aus, in denen individuelle und gesellschaftliche Veränderungen in einem engen reziproken Verhältnis stehen.

Gegründet hat sich HAKRA, damals noch unter dem Namen Sankofa, vor etwa 6 Jahren im Jahr 2001 in Berlin. Heute kooperieren wir mit verschiedenen Partnern, wie dem ADB (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin) und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Berlin.

Wie schon gesagt, HAKRA ist eine Projektinitiative gegen Rassismus aus der Minderheitenperspektive. Wir bieten Empowermenttrainings von und für Menschen mit Migrationshintergrund bzw. People of Colour an, die in Deutschland auf Grund von Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Namen, sexueller Orientierung und/oder ethno-religiöser Zugehörigkeit mit Rassismus konfrontiert werden. Unser Ziel ist es, in geschützten Empowermenträumen, Rassismuserfahrungen zu thematisieren und



gemeinsam Strategien gegen Rassismus aus der Minderheitenperspektive zu entwickeln.

Was heißt überhaupt Minderheitenperspektive?

Es geht darum, sich ineinander hineinversetzen und sich öffnen zu können. Menschen, die Rassismus erleben und von Privilegien und Machtressourcen ausgeschlossen sind, haben oft große Ängste und treffen in der Mehrheitsgesellschaft mit ihren Empfindungen auf Unverständnis und Ablehnung. Schutzräume helfen, sich mit der Situation auseinanderzusetzen, ohne den omnipräsenten Machtstrukturen ausgesetzt zu sein. Diese Schutzräume sind künstliche, temporär bestehende Räume, die nach einer bestimmten Zeit aufgelöst werden. Es geht nicht um eine Abgrenzung oder Ausgrenzung von Mehrheitsdeutschen – es soll einfach Raum geschaffen werden, in dem Strategien und Kräfte entwickelt werden können, um auf individuelle Ressourcen bewusst werdend das eigene Leben in Regie zu nehmen und an der gesellschaftlichen Wirklichkeit aktiv mitgestaltend teilzuhaben.

Machtabgabe der Mehrheitsgesellschaft durch „power-sharing“

Zu einem sinnvollen Empowermentkonzept gehört das Konzept des „power-sharing“. Dieser Ansatz beinhaltet, dass durch die Machtabgabe die Mehrheitsgesellschaft bzw. Inhaber von Machtpositionen und Privilegien mit in die Verantwortung gezogen wird. Hier geht es also um Ressourcenverteilung und somit die Abgabe eines Teils der Macht durch die Machtbesitzenden an die Machtlosen. Je mehr Personen, Institutionen, Organisationen und Stiftungen aus der Mehrheitsgesellschaft das „power-sharing“ – Prinzip annehmen, desto glaubhafter wird in unseren Augen auch ihr Wille sein, den Rassismus ernsthaft überwinden zu wollen. Jedoch kann man von „power-sharing“ in dem Moment nicht mehr sprechen, wenn die Mehrheitsgesellschaft weiterhin durch Fremdbestimmung und Kontrolle ihre Hoheit bzw. Dominanz über die Empowerment-Räume von People of Colour beibehält und ihnen somit ihre Autonomie verwehrt.

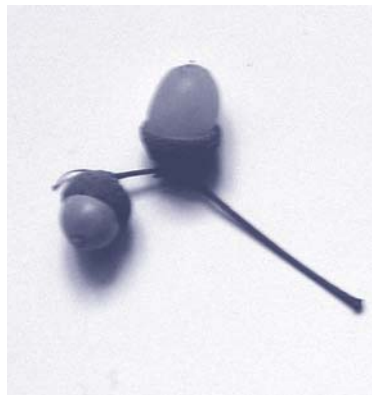
Trainings in zwei Modulen

Unsere Trainings sind auf die Bedürfnisse und Interessen der jeweiligen Gruppe zugeschnitten und basieren methodisch auf drei Säulen. Der Biographiearbeit, der Thematisierung von Rassismus im historischen Kontext und dem „Theater der Unterdrückten“ nach Augusto Boal. Beim Training legen wir besondere Aufmerksamkeit auf die gruppenspezifischen Prozesse. Die Trainings finden in zwei Modulen zu je drei Tagen statt, dazwischen liegt ca. ein Monat Pause. Im ersten Modul nähert man sich dem Thema Rassismus an. Im zweiten Modul werden Erfahrungen rekonstruiert und konkrete Strategien entwickelt, um mit Rassismus umzugehen. Neben den Trainings arbeitet HAKRA durch die Veranstaltung von bundesweiten Empowermentkonferenzen in geschützten Räumen an der Etablierung von Netzwerken der Empowermentarbeit.

Text: Marcela Zuñiga, Projektleiterin des Empowermentprojekts des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.

Adaptation des Empowerment-Ansatzes für Menschen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland

„Empowerment beschreibt mutmachende Prozesse der Selbstermächtigung, in denen Menschen in Situationen des Mangels, der Benachteiligung oder der gesellschaftlichen Ausgrenzung beginnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, in denen sie sich ihrer Fähigkeiten bewusst werden...“ (vgl. Herringer, 2002, S.18)



In Ostdeutschland bilden MigrantInnen eine heterogen strukturierte Gruppe, wozu u.a. folgende Gruppen gezählt werden können: Spätaussiedler, Eingebürgerte, Binationale und ehemalige VertragsarbeiterInnen. Ostdeutschland ist im Gegensatz zu Westdeutschland eher kein Einwanderungsland, sondern ein „Abwanderungsland“: aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven hält

die Abwanderung kontinuierlich an und drückt sich insbesondere in der Abwanderung von MigrantInnen aus. Aufgrund mangelnder Kenntnisse im sprachlichen Bereich und fehlenden beruflichen Qualifikationen sind Menschen mit Migrationshintergrund besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Gering ausgebildete Netzwerke von MigrantInnen und der Mangel an Selbsthilfestrukturen sowie der fehlende Rückhalt durch etablierte ethnisch organisierte communities kennzeichnen die Situation. Hinzu kommt, dass MigrantInnen im Alltag mit Diskriminierung und auch gewalttätigem Rassismus konfrontiert sind. Die Tendenz der verstärkten Abwanderung von MigrantInnen führt wiederum dazu, dass die vorhandene strukturelle Benachteiligung sich noch verstärkt.

Kinder und Jugendliche als Opfer von Diskriminierung

Menschen mit Migrationshintergrund im Osten werden stärker als „anders, fremd, exotisch“ wahrgenommen und spüren in ihrem alltäglichen Umgang mit der Mehrheitsgesellschaft die Ablehnung und Unsicherheiten teilweise sehr drastisch. Oft werden sie als defizitäre Persönlichkeiten wahrgenommen und werden Opfer von Diskriminierung. Viele erleben diese oft subtile, aber auch direkte Ablehnung und Abgrenzung der Mehrheitsgesellschaft bereits im Kindes- und Jugendalter und fügen sich in die ihnen auferlegte Opferrolle. Ein Teil von ihnen neigt dazu, Muster von Gewalt und Rassismus zu übernehmen und mit umgekehrten Vorzeichen gegen die Mehrheitsgesellschaft anzuwenden. Gerade Kinder und Jugendliche verfügen nicht über ausreichend Erfahrung, um alternative Lösungsstrategien im Umgang mit Diskrimi-

nierung und Gewalt zu entwickeln und reagieren oft mit aggressivem Verhalten. Am Ende stehen dann Marginalisierung, Abgrenzung und Isolation. Die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fühlen sich hilflos und ratlos und übertragen ihre selbst erlebte Machtlosigkeit im Umgang mit Rassismus auf ihre Kinder.

Empowerment als (Wieder-)aneignung von Selbstbestimmung

Zur Zeit fehlt es vor allem an Möglichkeiten für Eltern, ihre Erziehungskompetenzen weiter zu entwickeln, damit sie ihren Kindern in dieser besonderen Situation gerecht werden können. Diese Eltern benötigen die Unterstützung durch geeignete Empowermentangebote, die ihre spezifische Situation in Ostdeutschland berücksichtigen und sie darin bestärken, handlungsfähig zu werden. Es ist von großer Bedeutung, dass die Eltern sich untereinander vernetzen und gegenseitig dabei unterstützen, ihre eigenen Ressourcen zu aktivieren, damit sie von ihren individuellen Kompetenzen Gebrauch machen können. Der Empowermentansatz kann dazu dienen, dass Familien lernen, ihre Problemsituation anders wahrzunehmen, sich selbst in ihrem Umfeld anders wahrzunehmen und sich innerhalb der Gesellschaft stärker als aktives und kompetentes Mitglied zu sehen. Damit kann in der Praxis dem Bild des schwachen und unterdrückten Migranten entgegengewirkt werden und es können neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe mit unterschiedlichen Beteiligungsformen geschaffen werden. Ziel der Empowerment-Praxis ist es, die vorhandenen, wenn auch vielfach verborgenen Fähigkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken und Ressourcen freizusetzen, mit deren Hilfe Migrant/-innen die eigenen Lebenswege und Lebensräume selbstbestimmt gestalten können. Empowerment stellt in diesem Sinne ein Anstiften zur (Wieder-)Aneignung von Selbstbestimmung über die Umstände des eigenen Lebens dar.

Die Rahmbedingungen in Ostdeutschland sind anders als in Westdeutschland und es ist erforderlich, Konzepte wie den Empowermentansatz in Ostdeutschland zu etablieren und ihn an die bestehenden Verhältnisse anzupassen – mit dem besonderen Fokus auf die Minderheitsgesellschaft. Durch Empowermentprozesse der Minderheitsgesellschaft kann die Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland gefördert werden. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung auf dem Weg zu einem demokratischen und interkulturellen Zusammenleben in der Gesellschaft.

Text: Najat Effenberg (Arabische Spielgruppe), Marcela Zuniga (Leiterin Elterngruppe)

Mit mehreren Sprachen leben – Arabischer und Russischer Spielkreis

Wer wünscht es sich nicht mehrsprachig aufgewachsen zu sein und ganz selbstverständlich mehrere Sprachen zu sprechen, weil das Umfeld, in dem man aufwächst, mehrsprachig ist. Man sollte meinen, dass vor allem Kinder aus binationalen Partnerschaften in den Genuss der mehrsprachigen Erziehung kommen. Sieht man genauer hin ist diese Annahme nicht ganz richtig. Es gibt eine Vielzahl von Gründen dafür, dass arabisch sprechende Väter ihren Töchtern und Söhnen kein arabisch beibringen, chinesische Mütter mit ihren Kindern nur deutsch sprechen und afrikanische Eltern darauf verzichten mit ihren Kindern Swahili zu sprechen.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften beschäftigt sich seit langem mit der Frage, wie Familien mit verschiedenen Familiensprachen bei der mehrsprachigen Erziehung ihrer Kinder unterstützt werden können. Seit Herbst 2006 organisiert der Verband in der Geschäftsstelle Leipzig mit der Unterstützung des Förderprogramms „die Gesellschafter“ der Aktion Mensch arabische und russische Spielkreise für Vorschulkinder mit begleitenden Elternkursen.

Stärkung der „schwachen“ Sprache

Ziel dieser Spielkreise besteht darin, mehrsprachige Kinder beim Erwerb der „schwachen Sprache“, also der Sprache, die nicht die Umgebungssprache darstellt, zu unterstützen. In der Praxis haben sich zahlreiche Probleme herausgebildet, die damit zusammenhängen, dass die zweite Sprache mehrsprachiger Kinder – solange sie nicht Englisch ist – mit wenig Prestige besetzt ist und daher nicht wenige Kinder sie zwar passiv beherrschen, sich aber schämen, die Sprache in der Öffentlich-



keit zu sprechen, weil sie Angst vor ablehnenden Reaktionen der Umwelt haben. Die mit der zweiten Sprache zusammenhängende Identität soll gestärkt werden und den Kindern dadurch vermittelt werden, dass sie in ihrer binationalen/bilingualen Lebenssituation nicht allein stehen. Der muttersprachliche Unterricht, der an Leipziger Schulen ab dem Schulalter angeboten wird, aber nur wenigen bekannt ist, soll durch diese Kurse vorbereitet werden. Da beide Sprachen, zu denen wir die Spielkreise anbieten, ein anderes als das lateinische Alphabet verwenden, soll eine langsame, spielerische Heranführung an die Buchstaben erfolgen. Die Kinder sollen am Ende in der Lage sein, ein arabisches oder russisches Schriftbild zu erkennen.

Mehrsprachige Erziehung lohnt sich

Die flankierende Elterngruppe soll die Eltern bei der Umsetzung der mehrsprachigen Erziehung unterstützen, sie stärken und die Möglichkeit geben, auftretende Probleme sowohl im Gespräch untereinander als auch durch fachliche Anleitung besser bewältigen zu können. Die Eltern sollen merken, dass mehrsprachige Erziehung sich lohnt, dass Mehrsprachigkeit der Kinder eine wichtige biografische Ressource für ihr späteres Leben darstellt und vorhandene Ängste, mit dem Kind die eigene Muttersprache zu sprechen, abbauen helfen. Die KursleiterInnen, die das Projekt durchführen, sind alle binational bzw. zweisprachig aufgewachsen.

Text: Siri Pahnke, Soziologin und Kulturwissenschaftlerin, Mitarbeiterin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.

Interkulturelles Radio: Vielfalt hörbar machen – mehrsprachig senden!



Seit Ende 2006 arbeitet der Verband der binationalen Familien und Partnerschaften in Kooperation mit Radio blau, dem freien Radio in Leipzig, an der interkulturellen Öffnung des freien Radios, um Vielfalt hörbar zu machen und Partizipation zu fördern.

In der medial vermittelten Öffentlichkeit sind MigrantInnen bisher kaum wahrnehmbar. Wenn sie in den Fokus der Berichterstattung rücken, werden sie meist als Opfer oder Täter dargestellt. Für ihre spezifischen Interessen und Probleme, aber auch für ihrer kulturellen Ressourcen und Potentiale gibt es selten ein Podium, schon gar nicht unter Berücksichtigung sprachlicher Vielfalt. Es entsteht eine mediale Kluft und dadurch auch eine integrative und demokratische Barriere, die überbrückt werden muss.

Sprachempowerment

Die Herkunfts- bzw. Familiensprache ist eins der wichtigsten Identifikations- und Orientierungsmittel von Menschen. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist das Erlernen der deutschen Sprache und der stückweise Verlust der eigenen Sprache eine intensive und oft belastende Erfahrung. Für Binationale ist es häufig schwer die zweite nicht-deutsche Familiensprache zu pflegen und die Kinder mehrsprachig zu

erziehen. Mit Sprachkompetenz und Mehrsprachigkeit sind Möglichkeiten der Integration und Partizipation, aber auch der Ausgrenzung und Abwertung verbunden. Die eigene Sprache verliert an Prestige und die Möglichkeiten, die eigene Sprache zu sprechen und zu hören beschränken sich auf die Privatsphäre. Dies gilt für Ostdeutschland mit geringem Migrantenanteil und gering ausgebildeten migrantischen Strukturen in besonderem Maße. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten des Deutschlernens häufig wenig praxisorientiert und mit Ängsten und Misserfolgen verbunden.

Migrationsspezifische Ressourcen in der Radioarbeit

Interkulturelle Radioarbeit wird genutzt, um migrationsspezifische Ressourcen, vor allem Sprache, aber auch kulturspezifisches Wissen und Fähigkeiten, zu stärken und gesellschaftliche Partizipation zu fördern. Gerade hier liegen die Stärken des alternativen Medienbereichs, insbesondere des nichtkommerziellen Hörfunks. Freies Radio bietet als Medienstruktur nahezu ideale Möglichkeiten, eine relevante Öffentlichkeit mit der notwendigen Zugänglichkeit und Selbstbestimmtheit zu koppeln. Ein vielfältiges, aber strukturiertes Programmfeld trägt dazu bei, vielschichtige Bevölkerungskreise erreichen zu können, in verschiedenen Sprachen zu senden und sehr spezifische Themen anzusprechen. Durch die Erweiterung des Hörfunks auf digitale Medien ist es auch möglich, weltweit hörbar zu werden und Menschen in den Herkunftsländern zu erreichen.

Durch die Präsenz der eigenen Muttersprache im Radio wird die kulturelle Vielfalt gefördert und medial abgebildet und somit hörbar gemacht. Dadurch stellt die Radioarbeit in der Praxis eine Form von Empowerment dar. Kulturelle Ressourcen der Minderheitengesellschaft werden gestärkt und dem interkulturellen Zusammenleben wird durch innovative und kreative Elemente ein auditiver Raum gegeben.

Radio Zwischenraum

In der mehrsprachigen Radiosendung bei Radio blau mit dem Titel Radio Zwischenraum können alle, Kinder, Jugendliche und Erwachsene life Radio machen. Seit Ende 2006 wird einmal im Monat mit wechselnden Redakteur/innen und Moderator/innen und Gästen gesendet – natürlich mehrsprachig. Es wird generationen- und kulturübergreifend gearbeitet und es geht vorrangig um die Integration verschiedener Sprachen in eine deutsch dominierte Radiowelt. Radio Zwischenraum versteht sich selbst als Durchgangsstation und Experimentiertisch für eigene Radioprojekte oder einen festen Sendeplatz beim freien Radiosender Radio blau.

Text: Siri Pahnke, Soziologin und Kulturwissenschaftlerin, Mitarbeiterin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.

Empowerment ist ein Prozess – Empowermentprojekt für Jugendliche und ihre Familien in Sachsen!

Am 1. September 2007 startete das Modellprojekt: Empowermenttraining für Jugendliche mit Migrationshintergrund und begleitende Elternworkshops in Sachsen, gefördert durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Projektidee

Ein kompetentes mehr ethnisches und zweigeschlechtliches Trainer/innen-Team wird nach einer intensiven Phase der Bedarfsanalyse und Methodenauswahl Empowermentworkshops für Jugendliche zwischen 13-18 Jahren in Sachsen anbieten. Parallel dazu werden begleitende Elternworkshops durchgeführt. In der dreijährigen Laufzeit werden Methoden und Ansätze gesammelt und unter Berücksichtigung der Analyse der Projektergebnisse wird eine Materialsammlung entwickelt, die es Lehrer/-innen, Sozialarbeiterinnen usw. ermöglicht, strukturierte Empowermentarbeit zu leisten.

Westdeutsche Ansätze der Anti-Rassismuserbeit sind im Osten des Landes oft nicht anwendbar oder müssen zumindest auf ihre Anwendbarkeit überprüft werden.

Empowerment in der Praxis

Die wenigen jungen Menschen, die in Sachsen aufwachsen, sollen dabei unterstützt werden, ihre Zukunft hier aktiv zu gestalten. Diskriminierung und Rassismus stellen eine permanente psychische und physische Belastung für die betroffenen Jugendlichen dar. Gerade Jugendliche mit noch nicht gefestigter sozialer Position und Identität sind besonders verletzlich. Rassismus ist für Nichtweiße und andere Menschen mit Migrationshintergrund Alltag; von Kindheit an bekommen sie den Hautfarbenrassismus oder andere Formen des Rassismus – ob als direkten Angriff oder als subtile Herabsetzung – zu spüren. Um trotz der Zurückweisung durch die Gesellschaft ihre Rechte wahrzunehmen und an gesellschaftlichen Prozessen aktiv teilzunehmen, ist ein gehöriges Maß an Mut und Selbstbewusstsein von Nöten.

Trainings für Jugendliche

Das Training soll den Jugendlichen die Möglichkeit geben, die Isolation zu überwinden, eigene Diskriminierungserfahrungen zu formulieren und zu bewältigen und mit anderen gemeinsam Strategien gegen permanente Abwertung und Ausgrenzung zu entwickeln. Dabei sollen Ressourcen und Potentiale der einzelnen Jugendlichen im besonderen Maße berücksichtigt und herausgearbeitet werden.

Um diesen Prozess der Selbststärkung zu fördern, werden wir auch die Eltern der Jugendlichen ansprechen. Die Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen die Möglichkeit erhalten, eigene Rassismuserfahrungen aufzuarbeiten und Strategien zu entwickeln, den Kindern in ihrer Entwicklung beizustehen.

Text: Tina Keller, ehrenamtliche Mitarbeiterin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.

Empowerment für Migrant/-innen in Ostdeutschland Pro und Contra – Workshop 1

Wie erreiche ich die Zielgruppe?

Kinder und Jugendliche müssen anders angesprochen werden als Erwachsene! Es ist wichtig Multiplikatorinnen mit eigenem Migrationshintergrund zu finden, die die Jugendlichen ermutigen können, den ersten Schritt zu tun. Die Zusammenarbeit mit Psycholog/-innen könnte von Nutzen sein, da u.U. Gewalterfahrungen und tiefe biografische Brüche bearbeitet werden müssen.

Zielgruppe in Ostdeutschland

Die Zielgruppe in Ostdeutschland ist viel heterogener als im Westen, es gibt mehr vereinzelte Menschen als organisierte Gruppen. Auch sind die Herkunftsorte anders gelagert als im Westen Deutschlands. Am besten fragt man die Menschen selbst: was braucht ihr, wo liegen eure Probleme, womit habt ihr zu kämpfen. Es sollte eine Studie gemacht werden, um die Interessen der MigrantInnen im Osten Deutschlands zu erfassen, dann könnte ein bedürfnisorientiertes Training angeboten werden.

Schutzräume – sind sie tatsächlich nötig?

Brauchen Migrant/-innen Schutzräume, ist das denn gut? Natürlich ist es wichtig! Bei Rassismuserfahrungen geht es um ganz individuelle, schmerzhaft Erfahrungen, die die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft kaum nachvollziehen können. Erst wenn die Menschen sich sicher fühlen und gestärkt sind, können sie auch aktiv werden.

Die Einbeziehung der Mehrheitsgesellschaft ist unabdingbar!

Die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft müssen die Teilhabe aller fördern und stützen. Die erleichterte Einbürgerung könnte eine Art Empowerment von außen sein. Die interkulturelle Öffnung der Behörden, des Bildungssektors, des Arbeitsmarkts sind wichtige Schritte, die getan werden müssen!

Hat es überhaupt Sinn, Empowermenttraining im Osten anzubieten?

Rassistische Übergriffe sind im Osten nach wie vor an der Tagesordnung, trotzdem ist eine gewisse Verbundenheit mit Ostdeutschland ist auf jeden Fall da – Leipzig ist Heimat trotz der Probleme. Hilflosigkeit und Unwissen lassen einen hohen Bedarf für Empowerment spüren. Menschen hier ziehen sich zurück und haben kaum Möglichkeiten des Austauschs. Das muss sich ändern! In vielen Projekten auch in Ostdeutschland hat dieser ressourcenorientierte Empowermentansatz schon Einzug gehalten: Veranstaltungen zur politischen Arbeit, in denen Migrant/-innen aktiv waren, Angebote zur



Ressourcen Stärkung, Mehrsprachigkeit, Beratung. Es gibt allerdings kaum umfassende Konzepte und Strategien, wie Empowerment sinnvoll und gewinnbringend angewendet werden kann.

Warum sollte man die wenigen Migrant/-innen, die hier sind davon überzeugen hier zu bleiben und die vorherrschenden Bedingungen auszuhalten?

Es ist paternalistisch, wenn Angehörige der Mehrheitsgesellschaft Migrant/-innen zum Bleiben „überreden“ wollen, weil sie der Meinung sind, ohne sie sei das Leben doch gar zu eintönig. Man könne den Rechten doch das Feld nicht überlassen und dadurch würden sich national befreite Zonen noch weiter ausbreiten. Es ist und bleibt die individuelle Entscheidung eines jeden Menschen, einer jeden Familie, wo er/sie leben möchten! Hier darf man keine gesellschaftlichen Visionen auf Migrant/-innen projizieren!

Perspektivenwechsel vornehmen!

Die Antirassismuserbeit in Ost- und Westdeutschland ist stark auf die Mehrheitsgesellschaft bezogen. Es wird vor allem Täterarbeit praktiziert. MigrantInnen kommen als aktive Mitglieder der Gesellschaft kaum vor. Die ausschließliche Opferperspektive macht häufig blind für Potentiale und Ressourcen des interkulturellen Lebens.

Text: Anna Nikolenko, Geschäftsführerin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. in Dresden
Anja Treichel, Geschäftsführerin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. in Leipzig

Fishbowldiskussion: Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands – welche Bedingungen braucht es fürs Bleiben?

Warum ein Fishbowl?

Demokratische Prinzipien, wie die gleichberechtigte Bedürfnisklärung aller Betroffenen, finden oftmals aus verschiedenen Gründen nur schwer Einzug in Diskussionen. Dieses gilt besonders, wenn unterschiedliche Eloquenz der Teilnehmenden eine Rolle spielt beziehungsweise ein hoher Grad an Spannungs- oder Frustrationspotential in der zur Disposition gestellten Frage vorliegt. In diesen Fällen bietet es sich an, durch strukturelle Änderung des Diskussionsrahmens die Wirkung dieser Faktoren abzumildern oder wenn möglich sogar ganz auszuschließen. „Fishbowls“ bieten, wenn sie sinnvoll angewandt werden, eine gute Lösung für unterschiedliche strukturelle Probleme unserer ‚normalen‘ Diskussions- und Streitkultur. Sie entschärfen emotional aufgeladene Entscheidungsfindungsprozesse und schulen die Fähigkeit zur Artikulierung der eigenen Bedürfnisse, aber auch das gegenseitige Zuhören.

Die Gruppe wird in zwei Teile geteilt, einen „inneren Kreis“ von 4 bis 5 Teilnehmenden (TN), die das Problem/die Frage diskutieren; und einen „äußeren Kreis“ von bis zu 20 TN, die hauptsächlich zuhören, aber unter bestimmten Bedingungen in den Innenkreis wechseln und mitdiskutieren können. Diese Methode verbindet die Stringenz einer Podiumsdiskussion mit der Offenheit einer Großgruppendifkussion. Das typische Phänomen bei Podiumsdiskussionen, dass eigentlich nur diejenigen auf dem Podium wirklich beteiligt sind und (fast) alle anderen im Laufe der Diskussion aussteigen, kann hier verhindert werden. Der Nachteil der Großgruppendifkussion, wo oft eine Situation entsteht, in der wenige unwesentliche Punkte diskutieren und keinE ModeratorIn es wirklich schafft, der Debatte zu einer gewissen Stringenz zu verhelfen, kann ebenso ausgeglichen werden.

Erfahrungen aus der Praxis

Für die Schlüsselfrage „Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands – welche Bedingungen braucht es fürs Bleiben?“ erschien es uns sinnvoll, diese Methode anzuwenden. Ob das Fishbowl geglückt ist, kann nicht so einfach beantwortet werden. Auf jeden Fall wurde interessiert und kontrovers diskutiert, die Einbezogenheit der Teilnehmenden im Außenkreis schien größer als bei einer Podiumsdiskussion zum Thema. Ein Nachteil war, dass einige der Erstdiskutanden erst kurz vor dem Fishbowl eintrafen und somit die bis dato auf der gesamten Tagung diskutierten und behandelte Fragen nochmals aufwarfen. Es gab sehr wenig Bewegung im Fishbowl, was wohl mit der Unsicherheit der Teilnehmenden in Bezug auf die Methode zusammenhängt sowie mit der etwas späten Stunde.

Grundregeln der Fishbowldiskussion

1. Nur die TN im Innenkreis dürfen diskutieren, die TN im Außenkreis hören zu.
2. Wenn sich eine TN aus dem Außenkreis an der Diskussion beteiligen will, dann muss er/sie sich entweder auf einen freien Stuhl im Innenkreis setzen oder stellt sich hinter einen Stuhl. Die Person auf dem Stuhl darf ihren Gedanken noch zu Ende formulieren und muss anschließend den Kreis verlassen. Die andere Person nimmt dann diesen Platz ein.
3. Ebenso kann jeder TN im Innenkreis jederzeit den Platz im Innenkreis verlassen, wenn er/sie in der Diskussion pausieren möchte.
4. Wer den Kreis verlässt, kann auch wiederkehren. Wer das penetran macht (also dominieren würde), fällt sofort auf. Das Verfahren schafft dann Transparenz über Dominanzverhältnisse.
5. In der Praxis entwickelt sich nach einer anfänglichen Unsicherheit ein Kommen und Gehen, ohne dass dadurch die Debatte abbricht. VielrednerInnen werden schnell bevorzugt „rausgekickt“ – für „Wichtigleute“ eine bemerkenswerte Erfahrung!

Themen der Fishbowldiskussion



Die Diskussion hat sich vor allem entlang der Frage entwickelt, wie und inwieweit die derzeit existierenden Bedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland als positiv einzuschätzen sind. Es wurden Vergleiche gezogen mit der Praxis in anderen Bundesländern und Staaten sowie die Entwicklung im historischen Kontext reflektiert. Dabei haben sich zwei Pole der Wahrnehmung herauskristallisiert: Einige Teilnehmer/-innen waren der Meinung, dass die Entwicklung durchaus positiv einzuschätzen ist und der allgemeinen „Interkulturalisierung“ des Lebens im Ostdeutschland (durch Gastronomie, Musik, Läden etc.) Anerkennung gewährt werden soll. Andere Teilnehmer/-innen warfen dagegen einen sehr kritischen Blick auf die Verhältnisse vor Ort, reflektierten ihre eigenen Erfahrungen und behaupteten die Notwendigkeit einer kritisch-politischen Argumentation. Die in der Diskussion genannten Beispiele und Erfahrungen waren die folgenden:

So kann der russische Liedermacher für eine Stunde auf der Bühne sehr beliebt sein, über seine Lebensumstände wird er nicht befragt, und seine Erfahrungen mit den Institutionen sind ernüchternd. Eine hochqualifizierte Frau mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zu Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft gezwungen mehr leisten, um die gleiche Position zu erlangen. Eine Chancengleichheit ist bei allen Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen nicht annähernd gegeben. Die persönlichen Erfahrungen mit offenem und subtilem Rassismus sowie Diskriminierung finden kaum einen Raum, in dem sie öffentlich wahrgenommen werden. Es gibt kaum spezielle und qualifizierte Angebote für Menschen und Familien mit Migrationshintergrund in Krisensituationen. Menschen mit Migrationshintergrund werden stark einer Verallgemeinerung ausgesetzt und haben kaum Lobby in der sächsischen Politik, so dass sie durch öffentliche Stellen kaum repräsentiert werden.

Als Bedingungen für das Bleiben wurden diskutiert:

- flächendeckende interkulturelle und Akzeptanzbildung
- Interkulturelle Öffnung auf allen Ebenen
- Politische und öffentliche Aufwertung kultureller Diversität, klarer politischer Wille
- Positive Darstellung mit regionalem Fokus
- Positive, vielfältige, akzeptierende Praxis

Text: Anja Treichel, Geschäftsführerin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. in Leipzig

Empfehlungen für die Politik

Positives – was wurde bereits erreicht?

Kinder mit Migrationshintergrund haben in Sachsen statistisch gesehen einen größeren Bildungserfolg als in anderen, insbesondere westlichen Bundesländern. Eine wesentliche Ursache hierfür könnte das Vorhandensein nahezu flächendeckender Vorschuleinrichtungen sein. Diese Einrichtungen erleichtern Kindern mit Migrationshintergrund den Übergang in die Schule. Die Vorschuleinrichtungen garantieren eine bessere Wahrnehmung von Auffälligkeiten (aller Kinder) und eine bessere sprachliche Integration vor dem Eintritt in die Schule. Allerdings müssen diese positiven Auswirkungen als „Nebenprodukt“ der allgemein relativ guten Situation im Vorschulbereich gesehen werden, sie ersetzen nicht die Notwendigkeit einer interkulturell orientierten Ausbildung von Kindergartenpersonal sowie einer früh ansetzenden gezielten professionellen sprachlichen Integration – KindergartenerzieherInnen sind keine DaF-LehrerInnen!

Was muss erreicht werden? – Ziele

1. Ausgehend von einigen positiven Beispielen aus der Praxis müssen erfolgreich arbeitende Projekte nachhaltig verankert und auch finanziell längerfristig gefördert werden. Die Thematik der Abwanderung (nicht nur, aber auch) von Migrant/-innen aus den neuen Bundesländern muss stärker in den Fokus gerückt werden. Es müssen Strategien entwickelt werden, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
2. Empowerment als Bemächtigung, seine Interessen selbst vertreten zu können, muss auf allen Ebenen gefördert werden, da die Wahrnehmung von Migrant/-innen in allen neuen Bundesländern oft als Opfer rassistischer Gewalt sehr einseitig erfolgt; eine Wahrnehmung von Migrant/-innen als kompetenten Partner/-innen in Beruf, Forschung und Privatleben ist immer noch keine Selbstverständlichkeit.
3. Forschungsdefizite der Migrationforschung, die sich spezifisch auf Ostdeutschland beziehen, müssen benannt und aufgearbeitet werden.
4. Interkulturelle Bildung und Akzeptanzbildung müssen in Sachsen integrale Bestandteile des Bildungsauftrags werden.
5. Der im Vergleich zu den alten Bundesländern relativ niedrige Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Wohnbevölkerung darf kein Argument für geringere bzw. keine finanzielle Förderung von interkulturellen Projekten sein, sondern stellt vielmehr ein Argument für eine verstärkte Förderung dar, die dazu dienen kann, weitere Abwanderung dieser Personengruppe zu verhindern.
6. Die Wahrnehmung von Binationalen in ihrer Brückenfunktion zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft und an der Schnittstelle zwischen Familien- und Migrationpolitik soll gefördert und verbessert werden, ebenso sind spezifische Angebote in diesem Bereich zu schaffen und staatlich zu fördern.

Umsetzung

Als erste Ansätze für die Implementierung dieser Ziele von Seiten der NGOs können festgehalten werden:

- Empowermentansätze müssen entwickelt und verbreitet werden
- Die Thematik soll stärker an den Bildungs- und Forschungsbe- reich herangetragen werden
- Finanzierung für Projekte in dem Bereich muss langfristig abgesi- chert werden
- Spezielle Programme, die explizit nicht „nur“ für die Bekämpfung von Rechtsextremismus, sondern auch der Verankerung des Viel- faltgedankens dienen, sollen gefördert und umgesetzt werden
- Eine Argumentationslinie für die Notwendigkeit breiter interkultu- rer Förderung in Sachsen soll entwickelt und verbreitet werden
- Positive Praxis schaffen und damit die Möglichkeit der Umsetzung vor Augen führen
- Stellen in Projekten müssen erhalten/gesichert bleiben werden
- keine Streichung/Zusammenlegung von „Ausländerbeauftragten“ mit anderen Referaten, insbesondere nach der anstehenden Verwaltungsreform

Als ein letzter ganz konkreter Punkt wurde die Forderung benannt, end- lich den sächsischen Ausländerbeauftragten den Namen zu geben, der ihre Tätigkeit besser widerspiegelt: Integrationsbeauftragter!

Presseeinladung

Eiertanz in eine interkulturelle Normalität – Bikulturelles Leben in Sachsen

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. im Osten Deutschlands feiert sein 15jähriges Bestehen und richtet eine Fachtagung aus

Veranstaltung: Pressegespräch im Anschluss an die Tagung: „Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands zwischen Normalität und Marginalisierung“

Datum: 29.05.07, 17:30 – 18:00 Uhr
Ort: Gästehaus der Universität Leipzig, Wächterstr. 30, 04107 Leipzig

Seit 15 Jahren setzt sich der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. an der Schnittstelle zwischen Mehrheits- und Minderheitengesellschaft für die Etablierung von interkulturellem Leben in Ostdeutschland ein. Mit jährlich 150 persönlichen Beratungen und zahlreichen Telefon- und Emailanfragen bietet der Verband Unterstützung für Familien und Partnerschaften in bikulturellen Bezügen, die trotz aller bürokratischer Hürden und sozialer Ablehnung hier zu Hause sind. Statt interkulturelles Leben ausschließlich aus der Mehrheitsgesellschaft, täterbezogen, unter den Vorzeichen von Rassismus und Rechts- extremismus zu diskutieren, will der Verband kritisch nachfragen: Wie kann inmitten von No Go Areas und Angsträumen, Vielfalt als Normalität geschaffen werden? Wie lässt sich Vielfalt als Normalität denken, die von der Mitte der Gesellschaft getragen wird und in der Menschen mit Migrationshintergrund dazu ermutigt und bestärkt werden, sich aktiv zu beteiligen? Diese Fragen stellen sich insbesondere vor dem Hintergrund der immensen Abwanderung von ca. 20.000 EinwohnerInnen pro Jahr allein in Sachsen.

Auf der am 29.05.07 stattfindenden Tagung sollen in Workshops und einer Fishbowldiskussion gemeinsam mit Initiativen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus dem Migrationsbereich neue Ansätze entwickelt werden, um Interkulturalität im Osten Deutschlands zu stärken und lebbar zu machen.

Wir laden Sie herzlich zum Pressegespräch mit der Geschäftsführerin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. Leipzig, Anja Treichel sowie der stellvertretenden Geschäftsführerin Hiltrud Stöcker-Zafari der Bundesgeschäftsstelle Frankfurt ein.



Migration
Binationale Familien verlassen den Osten

Leipzig/dpa. Immer mehr Familien und Paare, in denen ein Partner aus dem Ausland kommt, verlassen den Osten Deutschlands. Solche Partnerschaften haben in den neuen Bundesländern mit mehr Problemen zu rechnen als in den alten, sagte Anja Treichel vom Verband binationaler Familie und Partnerschaften in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa. Deshalb ziehen sie dorthin oder ganz aus Deutschland weg. Die Zahl der Migranten und binationalen Paare in Sachsen ist laut Treichel seit 2004 signifikant gesunken. Damit sinkt auch das interkulturelle Potenzial der Gesellschaft, sagte Treichel anlässlich einer Tagung des Verbandes am Dienstag in Leipzig. Schwierigkeiten haben Migranten und ihre deutschen Partner laut Treichel insbesondere im Umgang mit Behörden, etwa wenn es um die rechtlichen Fragen einer Eheschließung gehe. Da so etwas hier seltener vorkommt, haben die Behörden weniger Erfahrungen damit, erklärte Treichel. Problematisch könne eine gemischte Partnerschaft vor allem für die Kinder sein. Diese verstünden oft gar nicht, warum die Umwelt sie als nicht deutsch ansehe. Ich habe erlebt, dass farbige Kinder, die in Deutschland geboren wurden und sächsischen Dialekt sprachen, gefragt wurden, wann sie wieder nach Afrika zurückkehren, schilderte sie. Immer mehr binationale Familien glaubten, derartigen Diskriminierungen durch einen Umzug in den Westen Deutschlands oder ins Ausland entgehen zu können.

Die interkulturelle Vielfalt müsse auch im Osten erhalten werden, mahnt der Verband. Er fordert darum, das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten so normal wie möglich zu gestalten. Ausländer tauchen in den Medien aber entweder als Opfer rechtsradikaler Gewalt oder als Asylbewerber auf, sagte Treichel. Dieses Bild sei schief und trage dazu bei, dass sich Vorurteile manifestierten. Dass Migranten auch ein normales, integriertes Leben in Deutschland führen können, müsse die deutsche Gesellschaft anerkennen. Andererseits müssten auch Migranten sich um Integration bemühen. Ich denke, dass es da Berührungspunkte auf beiden Seiten gibt. Anlass der Tagung in Leipzig mit dem Titel Interkulturelles Leben im Osten zwischen Normalität und Marginalisierung ist das 15-jährige Bestehen des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften im Osten Deutschlands. Die Organisation ist in mehr als 20 regionalen Gruppen tätig und setzt sich für die soziale und rechtliche Gleichstellung von Migranten in Deutschland ein.



Direkter Link zum Artikel:
<http://www.mz-web.de/artikel?id=1180162786940>

Zitate aus den Fragebögen binationaler Paare

Ja, Leipzig ist mein zu Hause geworden! Hier sind meine Kinder geboren, hier habe ich Freunde. Und die Stadt ist „etwas“ ähnlich wie meine Geburtsstadt. Schön, klein und hat einen See, wo man im Sommer baden kann.

Sie haben zuerst nur Spanisch geredet, bis sie in die Schule kamen. Seitdem sprechen sie fast nur deutsch. Sie verstehen alles (Spanisch) aber sie reden mehr deutsch. Aber sie wissen, wie wichtig es ist, Spanisch zu können, deswegen versuchen sie jetzt ihr Spanisch zu verbessern, indem sie mehr Spanisch sprechen.

Ich glaube, dass wir offener sind als andere Paare, auch in der Erziehung der Kinder, weil wir mehr Parameter (Richtlinien) haben. Wir

kennen vielleicht mehrere kulturelle Gewohnheiten und vielleicht deswegen haben wir auch andere Ideen, unsere „Routine“ zu gestalten. Andererseits haben wir keine Familie in unserer Nähe, die uns unterstützen könnte. Wir müssen uns selber und gegenseitig unterstützen, das macht die Partnerschaft stärker. Das ganze Leben und die Aktivitäten der Familie hängen von uns beiden ab. Wir sind auf unsere eigene Hilfe angewiesen, und das gibt uns Kraft fürs Weitermachen (wenn alles gut läuft!)

Zitate zur Entwicklung der iaf

„Als Betroffene (Mutter eines afro-deutschen Mädchens und in einer Partnerschaft lebend mit einem Afrikaner) möchte ich unbedingt Kontakt aufnehmen zu Ihrer Interessensgemeinschaft. Neben sozialen beschäftigen uns derzeit ganz existenzielle rechtliche Probleme. In der DDR wird mit Erfolg versucht, möglichst viele oder alle Ausländer abzuschieben, die durch ein Regierungsabkommen vor Jahren in die DDR geholt wurden. Es gibt für uns keinen Ausweg, dem Desaster einer Trennung zu entgehen. Die einzige Möglichkeit, eine Heirat, ist uns verwehrt, weil ihm die notwendigen Papiere aus seiner Heimat nicht zugearbeitet werden. Können Sie uns helfen mit Rat und Tat?“ (Pirna, 24.08.1990 aus einem Brief an die iaf Frankfurt am Main)

„Seit Stunden sitze ich in meiner kleinen Küche fest und sauge Seite für Seite in mich auf. Zu groß ist der Hunger nach Informationen, so wichtig, von Euch (iaf) zu hören. Ich habe keine klare Vorstellung von Euch, keine Erfahrungen in der Arbeit einschlägiger Organisationen. Bi-nationale Familien leben in der DDR oft isoliert von der Öffentlichkeit, nicht selten auch isoliert (verstoßen) von ihren Angehörigen. Selbsthilfegruppen an der Basis der Betroffenen gab es bisher nicht, meinte doch der Staat, das weder gesellschaftliche Notwendigkeit noch individueller Bedarf dafür vorhanden wären.“ (Pressemitteilung zur Gründung der iaf-Initiativgruppe Erfurt In: West meets East S. 14, Berlin, 1990)

„Eine andere Frage ist: Wer gehört alles zu uns? Vielleicht kümmern wir uns zu wenig um alleinerziehende Mütter und Väter mit Kindern von einer/einem ausländischen PartnerIn, gehen unsere Themen an ihren Interessen vorbei? Zu gleichgeschlechtlichen binationalen Partnerschaften gab es bisher noch überhaupt keine Kontakte, obwohl

es die natürlich auch bei uns gibt. Ebenso gestaltet sich die Einbeziehung ausländischer Frauen deutscher Ehemänner sehr schwierig. Sie finden sich in der Dominanz deutscher Frauen in unserer Gruppe nicht wieder, wurden aber von uns bis jetzt auch noch kaum angesprochen. Ein anderes Problem ist die Einbeziehung unsrer Partner und Ehemänner in die iaf-Arbeit.“ (Bärbel Sanchez, iaf Informationen 1996)

„Die Problematik betraf mich selbst, da mein Mann Kubaner und braun war und unsere Kinder von beiden etwas mitbekommen hatten. Ich hatte Angst, eine Scheiß Angst. Ich fuhr mit meinem Mann keine Straßenbahn mehr, ging abends nicht weg, selbst am Tag nur noch mit ungutem Gefühl. Vor allem spürte ich diese abschätzenden Blicke: bösaartig, hämisch, aggressiv.“ (Bärbel Sanchez, iaf Informationen, 1996)

„Selbsthilfe (zumal organisierte) war im Sozialismus ein unbekannter Begriff. Es gab eine Solidarität unter den Betroffenen im unmittelbaren Umfeld.... Die Selbsthilfe sehe ich immer noch als Möglichkeit an, aus der eigenen Betroffenheit die eigene Lebenssituation zu verbessern, aber auch Kompetenz und die Fähigkeit zu erwerben, anderen mit meinem Wissen um die Situation und die Zusammenhänge zu helfen, so dass sie selbst aktiv werden.“ (Bärbel Sanchez 1996)



Dokumentation zur Tagung:
**Interkulturelles Leben im Osten Deutschlands
zwischen Normalität und Marginalisierung.**

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.,

Kurt-Eisner-Str. 40, 04275 Leipzig

Tel.: 03 41/6 88 00 22

Fax: 03 41/2 11 20 52

E-Mail: leipzig@verband-binationaler.de

Verantwortliche: Anja Treichel

Redaktion: Carina Großer-Kaya

Gesamtkoordination: Siri Pahnke

Auflage: 500

Layout: Angela Krumbein

Druck: Druckwerk Halle/Saale

Oktober 2007

Die Herstellung wurde ermöglicht durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

UNIVERSITÄT LEIPZIG



VERBAND BINATIONALER FAMILIEN
UND PARTNERSCHAFTEN, iaf e.V.

